

Ohne Rückblick kein Durchblick – und was für ein Ausblick?

Die zweite Welle der großen Krise ist noch nicht die letzte

Karl Georg Zinn¹

Der globale Terrorismus und die weltweit operierenden kriminellen Organisationen zusammen genommen richten offensichtlich weniger wirtschaftliche und noch weniger politische Schäden an als der Finanzkapitalismus sie hervorbringt. Der US-amerikanische Wirtschaftshistoriker Niall Ferguson, der u. a. durch seine relativ frühen Warnungen (zusammen mit Larry Kotlikoff sagte er 1999 den Zerfall des voluntaristischen Experiments der EWU voraus) international bekannt wurde, bemerkte jüngst in einem Interview, dass die Stärke der USA auf einer Illusion der Investoren beruhe und konstatierte lapidar:

„Wenn man durch Wachstum nicht aus diesem Dilemma herauskommen kann, gibt es nur drei Möglichkeiten: entweder Inflation oder Staatspleite oder ein Bail-out. Aber wer ist stark genug, um die USA vor dem Ruin zu bewahren? Die Schuldenkrise kann der Auslöser für den Zusammenbruch der Supermacht Amerika sein“².

Was die Terroristen herbeisehnen, ihnen aber nie und nimmer gelingen würde, besorgen die Spekulanten – und ihre Förderer in Politik und Mainstream-Ökonomik³. Niall Ferguson und andere jüngst mit medialer Aufmerksamkeit bedachten Mainstream-Kritiker und Crash-Propheten waren jedoch längst nicht die Ersten, die dem Finanzkapitalismus das Potential attestierten, die nordatlantischen Anrainerstaaten in eine richtig große Krise zu stoßen.

Die eigentliche Krisenursache: realwirtschaftliche Stagnation

Unter dem Datum 15. August 1982, also vor 28 (!) Jahren, skizzierten die damaligen Herausgeber von „Monthly Review“, Harry Magdoff und Paul M. Sweezy, im Vorwort zur japanischen Ausgabe ihrer Aufsatzsammlung „The Deepening Crisis of U.S. Capitalism“ eine Einschätzung der durch Stagnation und Finanzialisierung bestimmten längerfristigen Entwicklung des hoch entwickelten

-
- 1 Karl Georg Zinn, geb. 1939, ist emeritierter Hochschullehrer der Volkswirtschaftslehre der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen
 - 2 Siehe Niall Ferguson „Der Euro wird zur weichen Währung“, Interview mit ~, Interviewer Torsten Riecke, in: Handelsblatt, Nr. 90, 11. Mai 2010, S. 8.
 - 3 Vgl. zum Verschulden der (US-)Politik an der Entstehung der großen Krise zwischen 1996 und 2006 Ross Levine: An Autopsy of the U.S. Financial System: Accident, Suicide, or Negligent Homicide?, National Bureau of Economic Research (NBER), Working Paper 15956, April 2010. - Die Eskalation des Griechenland-Debakels wird mit sehr plausiblen Argumenten der zögerlichen Haltung der deutschen Bundesregierung, namentlich Bundeskanzlerin Merkel angelastet. In diesem Sinn äußerte sich Niall Ferguson im Handelsblatt: „Die Deutschen haben sich durch ihr Zögern selbst ins Knie geschossen. Ich glaube nicht, dass Frau Merkel die Vorteile und Kosten einer Rettung verstanden hat. Ganz sicher hat sie nicht realisiert, dass sie die Kosten durch ihre zögerliche Haltung nach oben treiben würde.“ Vgl. Fußnote 2.

Kapitalismus. Was die beiden Autoren bereits Anfang der 1980er Jahre nicht nur für möglich, sondern für hoch wahrscheinlich hielten, wurde von der Wirtschaftsgeschichte bestätigt und widerlegt alle Legenden von der Unvorhersehbarkeit der großen Doppelkrise der Gegenwart:

„... alle typischen Stagnationssymptome bleiben offenkundig. Die offizielle Arbeitslosenquote (der USA; KGZ), stieg von 1981 bis Mitte 1982 von 7.6 auf 9.5 Prozent, und die Kapazitätsauslastung des verarbeitenden Gewerbes fiel von 79.9 auf 69.9 Prozent in derselben Periode.

Komplementär zu dieser Stagnation von Realwirtschaft und Beschäftigung setzte sich die Aufblähung des finanziellen Überbaus fort, was ... eine der herausragendsten Merkmale der kapitalistischen Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg gewesen ist.“⁴

Magdoff und Sweezy gingen dann kurz auf die Frage ein, ob eine Wiederholung der Großen Depression der 1930er Jahre wahrscheinlicher wäre, als dass – wie Hyman Minsky damals geltend machte – die Zentralbanken als Kreditgeber letzter Instanz fallierende Banken auffangen und die Regierungen durch Defizitpolitik einer Deflation erfolgreich begegnen würden. Letztlich blieben Magdoff und Sweezy skeptisch, da sie im Unterschied zu Minsky die anhaltende Stagnation als Grundtendenz der kapitalistischen Volkswirtschaften in Rechnung stellten. Auf die Gegenwart bezogen heißt das: Auch wenn die Finanzkrise irgendwie, irgendwann bewältigt sein wird, ja wenn es gar nicht zur Finanzkrise gekommen wäre, bleibt das Stagnationsproblem bestehen: Die alte Formel, Vollbeschäftigung durch Wachstum, hat ausgedient, und zwar nicht nur auf mittlere, sondern auf lange Sicht:

„Natürlich wird erst die Geschichte eine letztgültige Antwort auf diese Fragen geben. ... Die Erfahrungen der Vergangenheit, die niemals leichtfertig verworfen werden dürfen, lassen aber einen derart schweren Zusammenbruch wahrscheinlich, wenn nicht gar sicher erscheinen, dass er den verfügbaren Gegenmaßnahmen in einer schmerzlichen und möglicherweise anhaltenden Deflation widersteht. Wir neigten immer zu der Auffassung, dass dies das wahrscheinlichste Resultat der tiefgreifenden finanziellen Aufweichung der Wirtschaft sein wird, deren Zeugen wir sind.“⁵

4 Der Text von Harry Magdoff und Paul M. Sweezy „Financial Instability: Where Will It End?“ ist wieder abgedruckt in: Monthly Review, Jg. 61, Nr. 1, April 2010, S. 57-61. Hier: S. 57: „... all the typical signs of stagnation continue to be in evidence. The official unemployment rate which stood at 7.6 percent in 1981 rose to 9.5 percent by the middle of 1982, and the manufacturing capacity utilization rate fell from 79.9 percent to 69.9 percent in the same period. The counterpart to this stagnation in the realm of production and employment was a continuing ballooning of the financial superstructure of the economy which, ..., has been one of the most spectacular features of capitalist development during the post-Second World War period.“

5 Ebenda, S. 58: „History alone, of course, will provide definitive answers to these questions. But in the meantime it is possible to advance a plausible case for either the optimistic or pessimistic view. The argument from past experience, never to be lightly dismissed, certainly points to the likelihood, even if not the certainty, of a crash so severe as to defy efforts at control during a painful and possibly protracted deflationary process. We ourselves have always leaned to the view that this is the most probable outcome of the kind of deeply ingrained financial weakening of the economy we are now witnessing.“

Der Rückblick auf die frühe Analyse der Finanzialisierung des Kapitalismus als bloße Scheinlösung der in den 1970er Jahren beginnenden schweren Akkumulationskrise des nordwestlichen Kapitalismus ließe sich noch erheblich anreichern – beispielsweise

- durch die damaligen Warnungen vor der unkontrollierten Expansion der Ausleihungen zwischen den Banken (Interbankkrediten)
- die Voraussagen zu einer „neofeudalistischen“ Verteilungsdivergenz im Zug der perversen Tertiarisierung in Richtung Domestikenwirtschaft (Niedriglohnbeschäftigung, Prekarisierung, „moderne“ Sklaverei) statt der „tertiären Zivilisation“ (J. Fourastié) von Bildung, Gesundheit, Wissenschaft und dergleichen qualifizierter, lebensrichtig entgelteter Dienstleistungen
- die Prognose beschleunigter Überakkumulation mit der Folge entsprechend hohen Abschreibungsbedarfs für Fehlinvestitionen und Kreditausfällen

Die Krisenanalysen der – tendenziell mehr oder weniger – links orientieren Ökonomen stimmen in wesentlichen Feststellungen überein. Sie seien hier kurz in Erinnerung gerufen:

* Der internationale Wachstumseinbruch der 1970er Jahre setzte dem alten Vollbeschäftigungskonzept, „Vollbeschäftigung durch Wachstum“, ein definitives Ende. Der Mainstream-Keynesianismus, zu dem auch die sozialliberale Koalition von Helmut Schmidt gerechnet werden darf, hatte das nicht begriffen und bemühte sich vergeblich, mit dem für *kurzfristige* Rezessionen geeigneten Rezept antizyklischer Konjunkturpolitik auf den *dauerhaften* Wachstumseinbruch zu antworten. In den angelsächsischen Ländern begann damals der Siegeszug der Neokonservativen, die sich pseudoliberal gaben, aber unter dem Deckmantel der Liberalisierung Politik für die Reichen machten. Statt vernünftiger Steuerpolitik, d. h. konsequente Anwendung des Leistungsfähigkeitsprinzips, wurden Steuergeschenke an diejenigen verteilt, die es am allerwenigstens nötig hatten. Die Folge war u. a. die Explosion der Staatsverschuldung. Ein Musterbeispiel für das wirtschaftspolitische Missmanagement der Konservativen liefert die brandaktuelle Griechenland-Rettung. Es waren nämlich nicht „DIE“ Griechen, sondern der konservative Ministerpräsident Kostas Karamanlis (2004-2009), der sein Land in den finanziellen Abgrund geführt hat⁶. Pikant, dass Bundeskanzlerin Merkel diesen griechischen Pleitekonservativen wiederholt als ihren „persönlichen Freund“ rhetorisch umarmte. Von Bedenken, gar Warnungen zur rechten Zeit gegen die neokonservative Verschuldungsorgie war hingegen nichts zu vernehmen⁷. Umso heftiger geriet dann aber die merkelsche Griechenland-Diffamierung, nachdem Karamanlis 2009 die Wahl verloren und der neue – sozialdemokratische - Ministerpräsident ins Amt gekommen war.

6 Vgl. auch Gerd Höhler: Abgehängt – Athens Pleitepremier, in: Handelsblatt, Nr. 90. 11. Mai 2010, S. 54f.

7 Vgl. Bernd Ziesemer: Das kurze Gedächtnis der Angela Merkel, in: Handelsblatt, Nr. 89, 10. Mai 2010, S. 14.

Das Programm der Umverteilung von unten nach oben bildete den Kern der quasi strategisch angelegten Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik des Neokonservatismus. Daraus resultierten die zur Krise treibenden Fehlentwicklungen:

- Auszehrung der Masseneinkommen in Relation zum Produktionspotential, so dass die Konsumnachfrage entweder mehr und mehr hinter dem potentiellen Angebot zurück blieb oder nur über jene unhaltbare Kreditaufnahme (Kreditkarten- bzw. Konsumentenschulden, faule Hypotheken) finanziert werden konnte;
- Wachsende Konzentration von Finanzvermögen an der Spitze der Verteilungspyramide und „verzweifelte“ Suche der Reichen nach rentierlichen Anlagemöglichkeiten ihres Finanzvermögens einerseits und wegen des relativ schwächelnden Massenkonsums andererseits immer weniger attraktive Investitionsmöglichkeiten im gesunden Bereich der Realwirtschaft
- Durch die Globalisierung des Finanzkapitalismus wurden völlig intransparente Kreditketten möglich, die zur Verschleierung unvertretbarer Risiken instrumentalisiert wurden und kreditunwürdigen Staaten erst die Möglichkeit boten, sich in Schulden zu stürzen
- Die Insider des Finanzkapitalismus, die das absehbare Ende der Verschuldungsorgie erkannten, kauften Kreditausfallversicherungen, die als CDS (= Credit Default Swaps) bekannten Spekulationspapiere, und zogen damit – aktuelles Beispiel Griechenland – noch große Gewinne aus der Notlage der Schuldner
- Mit der verteilungspolitisch bedingten ökonomischen Spaltung der meisten Gesellschaften des nordwestlichen Kapitalismus, also dem extremen Anstieg der sozialökonomischen Ungleichheiten während der vergangenen drei Jahrzehnte, erklärt sich die rasante Zunahme einer Vielzahl u. a. von gesundheitlichen, sozialen und nicht zuletzt kriminalpolitisch relevanten Problemen. Die Lebensqualität hat infolge der im langfristigen Trend stark gestiegenen Ungleichheit erheblich abgenommen. Der Verlust an humaner Qualität wiegt letztlich noch weit schwerer als die an der Oberfläche der Krise sichtbaren, deshalb auch deutlicher wahrgenommenen Kosten. Auch wenn an dieser Stelle nicht ausführlich auf die verheerenden Folgen der gewachsenen Ungleichheit eingegangen werden kann, so sei doch darauf hingewiesen, dass inzwischen umfangreiche Forschungsergebnisse über die verheerenden wirtschaftlichen, sozialen und politischen Folgen der wachsenden gesellschaftlichen Spaltung vorliegen⁸. In der breiteren

8 Es sei auf die quasi „paradigmatische“ Veröffentlichung von Wilkinson/Picket verwiesen: Richard Wilkinson/Kate Picket: Gleichheit ist Glück: Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind, Berlin-Frankfurt/M 2009. Die Schrift ist als „paradigmatisch“ zu charakterisieren, weil es sich um eine empirisch fundierte, umfangreiche Literatur auswertende Untersuchung zu den *gesamtgesellschaftlichen* Verwerfungen der (wachsende) Ungleichheit handelt. Die von Wilkinson/Picket zusammen getragenen Details zur Thematik waren zum Teil den so genannten

Öffentlichkeit sind die einschlägigen Informationen leider kaum bekannt, was allerdings nicht überrascht, denn die meisten Massenmedien sind an der Veröffentlichung nicht interessiert, d. h. von ihren Eigentümern gehalten, sich nicht zugunsten von mehr Gleichheit zu äußern.

Die historische Retrospektive ist auch gegenwärtig noch nicht gefragt. Dazu trug nicht zuletzt die Enthistorisierung der „modernen“ Wirtschaftswissenschaft bei. Weder Wirtschafts- und Sozialgeschichte noch die Geschichte der politischen Ökonomie gelten bei den Modell-Ökonomen der neokonservativen Restauration noch als wichtig, gar notwendig für das Verständnis der ökonomischen Wirklichkeit, - so wie sie sie sich in ihren Modellen effizienter Märkte und rationaler Erwartungen vorstellen. Es wäre hilfreich, wenn die historischen Ignoranten in Politik und Wirtschaft einsähen, dass die „Wirklichkeit“ nur in ihren Köpfen als Vorstellung existiert und mit der Realität außerhalb der Köpfe nicht immer kompatibel ist. Der Aberglaube der heutigen Markt-Theologen gleicht mehr dem Hexenglauben vergangener Jahrhunderte als den wissenschaftlichen Erkenntnissen der Gegenwart.

Die Geschichtsblindheit der Oberen setzt sich weiter unten fort

Zum enthistorisierten Wirtschaftsverständnis bieten die Medien kaum ein Gegengewicht. Die für die öffentliche Meinungsbildung wichtigsten Medien schenken der historischen Genesis allenfalls marginale Aufmerksamkeit. Deshalb tritt die Krisendiskussion dort auf der Stelle. Die über drei Jahrzehnte währende Vorlaufzeit der gegenwärtigen Krise bleibt regelmäßig außer Betracht. Soweit nicht schon wieder Frohsinn verbreitet wurde, weil nach einem gesamteuropäischen Rückgang des BIP von vier Prozent im vergangenen Jahr wieder ein zaghaftes Wachstum erwartet wird, beschäftigen sich die KommentatorInnen mit Tagesfragen – sicherlich wichtigen, aber doch nicht erhellend im Hinblick auf die langfristigen Krisenursachen. Die Spekulation geht munter weiter. Anlässlich der Griechenland-Debatte des Deutschen Bundestages kam sogar von halboffizieller Seite die lapidare Feststellung, dass die internationale Spekulation nicht nur einzelne Länder, sondern den EURO per se ins Visier genommen hatte „Hier wird von Spekulanten ein Angriffskrieg gegen die Euro-Zone geführt“ (so Jochen Sanio, Deutschlands oberster Bankenaufseher, vor dem Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages⁹). Dass einige Hedgefonds¹⁰ sich verabredet hätten, gegen den EURO zu spekulieren, war allerdings schon Wochen zuvor auch in der deutschen Presse zu lesen – allerdings nicht in einem augenfälligen Aufmacher, sondern als einspaltige Randnotiz. Die

„Insidern“ zwar seit längerem bekannt, aber erst in dieser Zusammenführung ergibt sich die brisante Überzeugungskraft des Materials, die – wenn in die breitere Öffentlichkeit dringend – im Laufe der Zeit zu weitreichenden politischen Veränderungen führen könnten.

9 Andrea Cünnen/Dirk Heilmann/Gabor Steingart: „Angriffskrieg gegen die Euro-Zone“, in: Handelsblatt, Nr. 87, 6. Mai 2010, S. 1 und 4.

10 Das „Wall Street Journal“ berichtete Anfang Februar 2010, dass sich folgende Hedgefonds bei einer Art Arbeitssessen verabredet hätten, gegen den Euro zu spekulieren: SAC Capital Advisers, Soros Fund Management, Greenlight Capital, Brigade Capital.

Tatsache, dass die Regierungen auch fast zwei Jahre nach dem 15. September 2008 noch nichts Wirksames gegen die anhaltende Spekulation unternommen haben, stützt die politikwissenschaftliche These aus dem Umfeld der „postdemokratischen“ Theorie. Die meisten Regierungen unterhalten inzwischen ein Intimverhältnis zum Finanzkapital oder sind schlicht erpressbar geworden, was sich einander eher ergänzt als ausschließt. Die grundsätzliche Frage wird weder von der Politik noch von den Massenmedien gestellt: Wie konnte es überhaupt dazu kommen, dass das private Finanzkapital eine Größenordnung erreichte, die ihr die Möglichkeit gibt, durch die mit krimineller Energie betriebene Spekulation nicht nur einzelne Länder, sondern sogar einen wirtschaftsstarke Währungsraum wie die EWU in existenzielle Nöte zu bringen? Die Antwort auf diese Frage betrifft das politische Kernübel der vergangenen Jahrzehnte, nämlich die quasi strategisch angelegte Umverteilung von unten nach oben und die damit bewirkte Reichtumskonzentration in wenigen Händen. Wilkinson und Pickett gelangen in ihrer jüngst publizierten Aufklärungsschrift zur politischen Ökonomie der Verteilungsfrage, „The Spirit Level“ (deutsch u.d. T. „Gleichheit ist Glück“¹¹), nach einer materialreichen Darlegung der verheerenden Folgen sozialökonomischer Ungleichheit zu der lapidar formulierten Feststellung:

„Wir haben keinen Grund, den Reichen dankbar zu sein, denn wir können sehr wohl erkennen, wie und wo sie das Gewebe der Gesellschaft schädigen. Die Kernschmelze der Finanzwirtschaft von Ende 2008 und die daraus resultierende Rezession haben gezeigt, wie gefährlich übergroße Bezüge und Boni in den Unternehmensspitzen sein können. Sie führten die für unser Finanzwesen Verantwortlichen zu Praktiken, die die Wohlfahrt ganzer Bevölkerungen in Gefahr brachten.“¹²

Die neue Verteilungsformel: Weniger Wachstum, dann eben mehr für die Reichen

Die breite Öffentlichkeit ist verunsichert und spürt Ängste. Gerade deshalb lässt sie sich aber umso lieber beruhigen. So wie der unmündig gemachte Bürger besonders dankbar nickt, wenn er als mündiger Bürger angesprochen wird und ihm das Märchen erzählt wird, dass Deutschland „gestärkt“ aus der Krise hervorgehen wird. Wer möchte sich da noch mit der Vergangenheit befassen, gar belasten, wenn es doch um die Zukunft geht? Auch noch mit einer Vergangenheit, die bereits eine Generation alt geworden ist. So lange liegt nämlich die Weichenstellung in Richtung Dauerkrise der nordwestkapitalistischen Ökonomien zurück. Der Rückblick auf die Vergangenheit könnte Ärger bereiten, käme doch dabei heraus, dass die Zukunft von der Vergangenheit bestimmt wird und wahrscheinlich jene dieser weit ähnlicher sein wird, als die Regierenden in Aussicht stellen. Das versprochene Happy End aus dem Märchenbuch passt nicht

11 Wilkinson/Pickett: Gleichheit ist Glück, a. a. O.

12 Ebenda, S. 301.

zu Realität der Gegenwart.

Synchron zu der neokonservativen Bereicherungsorgie der besonders Bessergestellten, darunter die (vielleicht) GRÖßTEN Steuerhinterzieher aller Zeiten¹³ verloren die vom Monetarismus infizierten Zentralbanken aus den Augen, dass sich die Kreditschöpfung der Banken mehr und mehr den zentralbankpolitischen Zügeln entwand. Die gegenseitige Kreditvergabe der Banken (Interbanken-Kredite) blähte das Giralgeldvolumen in einem bis dahin unvorstellbarem Maße auf. Diese expansive Kreditvergabe finanzierte in steigendem Umfang finanzkapitalistische Aktivitäten. Sie werden mit der Generalbezeichnung Spekulation belegt. Es handelt sich aber um verschiedene Spekulationsarten. Der wohl größte Teil hatte überhaupt keine realwirtschaftlichen (Neben-)Effekte. Hier wurde aus Geld mehr Geld gemacht, ohne das Produktion zwischengeschaltet wurde. Ein anderer Teil finanzierte realwirtschaftliche Aktivitäten (z. B. Wohnungs- und Geschäftsimmobilien), trug somit zwar zum realwirtschaftlichen Wachstum bei, doch die Kreditnehmer konnten – und können – ihre Schulden nicht bedienen. Das war wohl in den meisten Fällen von Anfang an absehbar, aber da die Manager des Finanzsektors auch an Krediten verdien(t)en, die schließlich abgeschrieben werden müssen, bestand gar kein Anreiz für die natürlichen Personen, die Führungskräfte genannt werden, sich an den traditionellen, also seriösen Normen des Bankgeschäfts zu orientieren. Die Institute, die es dennoch taten – etwa die deutschen Sparkassen und Genossenschaftsbanken – stehen in der gegenwärtigen Krise auch besser dar. Das Landesbanken-Debakel, das auch die Sparkassen in Mitleidenschaft zieht, ist der (Landes-)Politik, genauer: der Koalition aus größenwahnsinnigen Landesbankern und ihren ökonomisch unbedarften, von Global-Player-Parolen faszinierten Landesfürsten geschuldet. Insofern sind sogar Politiker direkt an den Spekulationsentscheidungen beteiligt (gewesen). Seit langem hat die Spekulation ihre ökonomisch legitime Absicherungsfunktion (beispielsweise die Absicherung realwirtschaftlicher Exportfirmen gegen Wechselkursänderungen) marginalisiert und muss inzwischen als eine neue Art des organisierten Verbrechens – denken wir etwa an die *koordinierten* Angriffe der Hedgefonds auf Griechenland und den Euro – charakterisiert werden. Es erscheint zudem plausibel, dass sich auch die aus Film und Fernsehen bekannten „traditionellen“ kriminellen Organisationen an der äußerst lukrativen Spekulation beteiligen. Umso mehr verwundert, dass die Regierungen das spekulative Treiben nach wie vor dulden, sich allenfalls rhetorisch echauffieren, womit sie ihre Untätigkeit bzw. Unfähigkeit gegenüber der globalen Finanzkriminalität eher bestätigen als verbergen. Das Mindeste wäre doch gewesen, bereits im Herbst 2008 das Strafrecht dahingegen zu ergänzen, *gemeinwohlschädliche* Spekulation mit langen Gefängnisstrafen ahnden zu

13 Nicht etwa die deutsche Steuerfahndung, der Bundesverfassungsschutz oder andere staatliche Stellen haben die sich inzwischen auf 1.2 Milliarden € bezifferten Steuereinnahmen von den schweizflüchtigen Rückkehrern, sogenannte „Selbstanzeiger“, beschafft, sondern dazu bedurfte es „illegaler“ Denunziation. Doch es gibt noch viele andere steuerfluchtfreundliche Länder. Vgl. zu den „Selbstanzeigern“ in den Bundesländern Sönke Iwersen: Mehr als 18 000 Steuersünder zeigen sich selbst an. Der Fiskus kassiert 1.25 Milliarden Euro. Rechtsexperten kritisieren die Regierung, in: Handelsblatt, Nr. 87, 6. Mai 2010, S. 3.

können, um wenigstens für die Zukunft auszuschließen, dass die Spekulanten ganz legal und im Einklang mit dem Gesetz ihre faktisch kriminellen Machenschaften betreiben dürfen. Auf Geldfälschung steht bekanntlich schwere Strafe. Ganze Staaten und Währungssysteme durch Spekulation zu erschüttern, ist hingegen immer noch erlaubt. Deshalb besteht für Polizei und Geheimdienste bisher auch keine Verpflichtung, gegen Spekulanten zu ermitteln. Im Gegenteil, wer Spekulanten namentlich benennt und sie „krimineller“ Aktivität bezichtigte, müsste wohl mit einer Beleidigungsklage rechnen, und dafür wird dann die staatliche Rechtsordnung in Anspruch genommen. Von „Dekadenz“ zu reden, wäre *hierbei* durchaus angebracht

Ausblick: Durchwursteln – im Normalfall ein Ärgernis führt jetzt in den Niedergang

Die Kritiker des europäischen und US-amerikanischen Krisenmanagements schreiben sich die Finger wund und reden sich die Lippen fusselig, aber selbst wenn – ungewöhnlich genug – die kapitalfreundliche Wirtschaftspresse auf die kritische Linie einschwenkt¹⁴, tut sich nichts – außer, dass noch mehr dreistellige Milliardensummen für „Rettungsaktionen“ mobilisiert werden, anstatt die Spekulation in Ketten zu legen und – wie schon ausgeführt – auch das Strafrecht angemessen zu ergänzen. Ob die 750 Mrd. Euro, die für einen „Gegenangriff“ der EWU gegen die koordinierte Anti-Euro-Spekulation bereit gestellt wurden, letztlich ausreichen werden, steht noch dahin. Jedenfalls rauschte es bereits wenige Tage nach der Nostandssitzung der EURO-Finanzminister durch die Gazetten: „Anleger wittern Strohfeuer“¹⁵. Die „Kriegskasse“ der Spekulanten wurde schon vor jenem 750-Milliarden-Beschluss auf ein Vielfaches davon beziffert; von „zweistelligen Billionensummen sei die Rede“ – so Jochen Sanio vor dem Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages.¹⁶

Die Große Depression der 1930er Jahre brachte keinen Zusammenbruch nationaler Währungen. Das sieht heute anders aus. Es scheint also doch keine Übertreibung, wenn einige wirtschaftshistorisch einsichtige Autoren die gegenwärtige Krise als noch schlimmer, noch gewaltiger einschätzen als die der Dreißigerjahre des vergangenen Jahrhunderts. Nur, dass die gegenwärtige Krise auf einem weit höheren Einkommensniveau *vorerst* noch nicht so gravierende Einbußen des Lebensstandards abverlangt wie es nach 1929 geschah. Auch waren ja die wirtschaftspolitischen Reaktionen im Herbst 2008 durchaus sinnvoll

14 Vgl. beispielsweise das Plädoyer von Nouriel Roubini für die Zerschlagung der Banken „Die Banken müssen sich selbst zerschlagen“, in: Handelsblatt, Nr. 89, 10. Mai 2010, S. 12f.; Hans Christian Müller, Ökonomen huldigen Propheten des Untergangs, in: Handelsblatt, Nr. 246, 21. Dezember 2009, S. 18f.

15 Ulf Sommer: Anleger wittern Strohfeuer. Exklusiv-Umfrage: Investoren rechnen nur kurzfristig mit steigenden Kursen an den Märkten. Das Vertrauen in Politik und EZB ist zerstört, in: Handelsblatt, Nr. 90, 11. Mai 2010, S. 2.

16 Siehe Andrea Cünnen/Dirk Heilmann: „Angriffskrieg gegen die Euro-Zone“. Die blutigen Unruhen in Athen kommen den Spielern an den Finanzmärkten gerade recht. Demonstranten und Anleihespekulanten sind auf geradezu teuflische Weise einander verbunden: Beide setzen auf ein Scheitern des Sanierungsprogramms, in: Handelsblatt, Nr. 87, 5. Mai 2010, S. 1 und 4.

und in gewissem Maße erfolgreich. Doch offensichtlich vergaß dann die politische Klasse in voreiliger Siegesstimmung, dass der Notarzt den Patienten nicht heilt, sondern nur am Leben erhält, damit dann die fachärztliche, langwierige Behandlung beginnen kann. Davon ist, wie bereits ausgeführt, jedoch nichts zu bemerken. Die Politik wartete ab, bis dann der nächste Schlag von der Spekulation – nun gegen den Euro – geführt wurde. Die erwähnten 750 Mrd. € für den „Gegenangriff“ zur Spekulation sind kein Ersatz für die ausbleibenden Fundamentalreformen. Die politische Klasse ist dazu jedoch allem Anschein nach (bisher) nicht bereit und fähig – weder intellektuell, noch emotional und schon gar nicht ideologisch. Der politische Mechanismus beschert uns i. d. R. Regierungspersonal, das allenfalls unter normalen Verhältnissen irgendwie über die Runden kommt, also in der Lage ist, das von ihm angerichtete Unheil als unvermeidlichen Sachzwängen geschuldet und „ohne Alternative“ zu beschönigen. Es wäre deshalb ein ganz außergewöhnlich glücklicher, somit völlig unwahrscheinlicher Zufall, wenn uns ausgerechnet in der großen Krise eine den Problemen gewachsene Regierung geschenkt würde.

Erschienen in: Sozialismus 6/2010